

Bezirksbehörde der Volkspolizei
Frankfurt/Oder

Frankfurt/Oder, den 29.6.1953
Ki/Schi.

An den
Operativstab der HVDVP
zur Weiterleitung an den
Chef der DVP
Berlin

Betr.: Auswertung der Ereignisse seit dem 16.6.1953.
Bezug: Dortiges FS-Nr. 581 vom 21.6.1953.

Von denen die Volkspolizei erwartenden Aufgaben [sic!] erhielt ich andeutungsweise am 17.6.1953 um 05.00 Uhr durch eine fernmündliche Anweisung des Stellvertr. Chefs der DVP, Gen. Chefinspekteur Grünstein, Kenntnis, in welcher er mich anwies, sofort die BDVP zu alarmieren. Ich berief daraufhin als erstes alle Abteilungsleiter, die fernmündlich in ihren Wohnungen erreichbar sind, in die Dienststelle und teilte ihnen um 06.00 Uhr den mir bis dahin bekannten Sachverhalt mit. Hierbei erwies es sich, daß unsere Alarmunterlagen für einen solchen Fall unbrauchbar sind, und eine Ingangsetzung einer Alarmierung ohnehin nicht vor 08.00 Uhr (off. Dienstbeginn) zur Auswirkung gekommen wäre. Im Anschluß wurden von mir die Leiter aller VPKÄ fernmündlich beauftragt, ihre Kräfte zusammenzuziehen und in den Ämtern zu sammeln.

Um 07.30 Uhr erhielt ich den 2. Anruf von der HVDVP mit der Aufforderung, sofort 90 VP-Angehörige auszurüsten und zu bewaffnen und nach Berlin in Marsch zu setzen. Bei der Erfüllung dieses Auftrages zeigte es sich, daß für diese Kräfte, die aus den zum Ausbildungslehrgang Einberufenen und dem Bewachungskommando des ehemaligen Heimkehrerlagers Nuhnen zusammengestellt wurden, nicht genügend einsatzfähige Waffen vorhanden waren. Durch Aus- und Umbau von Teilen unserer 08 Übungspistolen (Kategorie 4-4) war es schließlich möglich, alle Genossen dieses Einsatzkommandos mit halbwegs brauchbaren Waffen auszurüsten. Dieser Umbau brachte jedoch einen erheblichen Zeitverlust mit sich, so daß das Kommando erst gegen 10.30 Uhr in Marsch gesetzt werden konnte.

Die nächste von mir angeordnete Maßnahme war die Verstärkung des Operativstabes mit je einem Genossen der Abt. PA, S und K.

Ungefähr zur gleichen Zeit erreichte uns die erste fernmündliche Vorausmeldung vom Amtsleiter des VPKA Strausberg, der meldete, daß ca. 300 Arbeiter der Bauunion-Spree in den Streik getreten sind und die Absicht haben, nach Berlin zu fahren.

Es sei erwähnt, daß auch zu diesem Zeitpunkt noch keine Informationen über die tatsächliche Situation in der Deutschen Demokratischen Republik bei uns vorlagen. Die erste Meldung hierüber war die Durchsage des Rundfunks gegen 11.30 Uhr mit der Mitteilung der Verhängung des Ausnahmezustandes für den demokratischen Sektor von Groß-Berlin. Von diesem Augenblick an überstürzten sich die Meldungen über Arbeitsniederlegungen,

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

insbesondere aus den Kreisen Strausberg und Fürstenwalde, die fast ausschließlich von den mit LKWs umherfahrenden Arbeitern der Bauunion-Spree ausgelöst wurden.

Nachfolgend die kreisweise Berichterstattung über stattgefundene Vorkommnisse:

Kreis Fürstenberg/Oder

Am 17.6.53 gegen 06.00 Uhr stellte ein Kraftfahrer der Bauunion-Fürstenberg einen Lastkraftwagen quer über die Schmalspurbahn, um den Verkehr von der Kiesgrube zum Wohnlager zu sperren. Als Grund hierfür wurde vom Kraftfahrer die schleppende Bezahlung der zurückzuzahlenden Fahrtkosten angegeben. Der LKW wurde von den Genossen der SED zur Seite geräumt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Zur gleichen Zeit forderten die Arbeiter vom Hochbau des Stalin-Kombinates während der Frühstückspause die Zurückstellung der 100 %igen [10%igen, Schreibfehler im Original, d.Hg.] Normerhöhung und die Wiedereingruppierung der Hucker in die Lohngruppe 5, welche ihrer Ansicht nach unberechtigt in die Lohngruppe 3 eingestuft worden waren. Nach Zusicherung der Parteileitung, diese Forderung zu überprüfen, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Von der Kreisleitung Stalinstadt wurden sämtliche Sekretäre und zuverlässige Genossen zusammengezogen und schwerpunktmäßig als Agitatoren eingesetzt. In gemeinsamer Absprache mit der Partei und der Dienststelle des MfS wurde die Bildung eines Selbstschutzes festgelegt.

In den Vormittagsstunden des 17.6.53 wurden in den einzelnen Bauunionen der Stalinstadt und des Eisenhüttenkombinates J. W. Stalin kleinere Gruppen beobachtet, in denen Diskussionen über den Streik in Berlin geführt wurden. Die Lage verschärfte sich in den Nachmittagsstunden so, daß ein großer Teil der Arbeiter die Arbeit niederlegten. Am Hochofen 5, der sich z.Zt. im Bau befindet, bildete sich eine Gruppe, die zur Demonstration aufforderte. Sie gingen an den einzelnen Betrieben des Kombinats vorbei und forderten die dort beschäftigten Arbeiter auf, sich ihrer Demonstration anzuschließen. So entstand eine Gruppe von etwa 150 bis 200 Personen. Diese marschierte zur Stalinstadt, forderte die dort beschäftigten Arbeiter auf mitzukommen und zog weiter zum Wohnlager "Helmut Just", wo sie die dort Anwesenden zum Mitmachen aufforderten und in ihren Demonstrationenzug aufnahmen. Von da aus marschierten sie über die Stalinstadt zurück in Richtung Fürstenberg/Oder.

Ein großer Teil der Arbeiter einzelner Bauunionen im Kombinat sowie auch in der Stalinstadt verließ zwar die Arbeitsstellen, aber beteiligte sich nicht an der Demonstration, sondern fuhr entweder nach Hause oder suchte die Baubuden auf. Der Demonstrationenzug bewegte sich nach Fürstenberg durch die Stalin-Allee, Wilhelm-Pieck-Str. zum Marktplatz. Auf dem Marktplatz nahmen die Demonstranten, ca. 1.600 Personen, Aufstellung und gingen dazu über, provokatorische Losungen im Chor zu sprechen.

Im Gebäude der Kreisleitung, deren Türen offen waren, befanden sich zu dieser Zeit sieben Genossen. Der 1. Kreissekretär, ein bewaffneter Angehöriger des BS (O) zum Schutz des Sekretärs und zwei Genossen der Registraturabteilung, so daß vier Schußwaffen vorhanden waren. Durch die offene Tür drangen Aufrührer ins Gebäude, ohne daß sich die Genossen dazu entschließen konnten, den Eingang zu verteidigen. Angeblich war dies, weil zwei Eingänge vorhanden sind, nicht möglich. Ein Teil von ihnen versuchte, die Treppe zu halten, während der andere Teil sich auch hieran nicht beteiligte. Als einige der Aufrührer den

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Aufgang zur Treppe erzwingen konnten, versuchte man die wichtigsten Räume zu schützen, das heißt, daß man sich zerstreute und in den einzelnen Zimmern verschanzte, wie auch der 1. Sekretär, der sich in Gemeinschaft mit einigen Genossen und einem aus der Registraturabteilung in seinem Zimmer verbarrikadierte.

In der Zwischenzeit war vom VPKA ein Einsatzkommando in Stärke von zehn Volkspolizisten zur Räumung der Kreisleitung eingesetzt worden, das mit Polizeiknüppeln die ca. 70 eingedrungenen Aufrührer aus dem Gebäude der Kreisleitung herausprügelte. Ihnen wurde Unterstützung durch Soldaten der Sowjet-Armee von der Kommandantur zuteil, die die Demonstranten auf dem Marktplatz auseinandertrieb. Bei dieser Aktion wurden ca. 55 Aufrührer festgenommen und dem MfS übergeben.

Aus diesem Vorkommnis ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Funktionäre der SED-Kreisleitung die Situation vollständig verkannten und keine Maßnahmen getroffen haben, um ihr Gebäude vor eventuellen Überfällen zu schützen. Von Seiten des VPKA-Leiters war es verabsäumt worden, rechtzeitig und energisch um Unterstützung durch Soldaten der Grenzpolizei zu ersuchen, obgleich 13 Genossen der Grenze im Ort lagen, ohne eingesetzt zu sein.

Folgende Firmen legten am 17.6.53 ebenfalls die Arbeit nieder: VEW Berlin, Stahlbau Magdeburg, Bauunion-Spree, Bauunion-Fürstenberg und Betonbau I. Das Hauptpumpwerk wurde von unbekanntem Tätern angerufen und sollte gleichfalls außer Betrieb gesetzt werden. Am 17.6.53 gegen 20.30 Uhr hat die Nachtschicht der Bauunion-Fürstenberg die Arbeit niedergelegt und das Werk verlassen. Der Hochofenbetrieb blieb aufrechterhalten.

Infolge einer Falschmeldung wurden VP-Angehörige zum Bahnhof Vogelsang geschickt, da sich dort mehrere 100 Personen provozierend verhalten sollten mit der angeblichen Absicht, die zur Nachtschicht kommenden Arbeiter aus Frankfurt/Oder und Ziltendorf zum Streik aufzufordern.

Auf Grund dieser Mitteilung begab sich der Gen. Insp. H., der sich zu dieser Zeit in Fürstenberg aufhielt, ebenfalls mit dem Gen. Kdr. R. und dem Gen. M., Abtl.-Ltr. M in der Bezirksleitung der SED, nach Vogelsang.

Als diese Genossen den Bahnhof betraten, kam gerade der Zug aus Richtung Frankfurt/Oder und fuhr, ohne zu halten, nach Fürstenberg weiter. Das Durchfahren des Zuges löste bei den wartenden Arbeitern eine große Empörung aus. Viele Arbeiter nahmen gegen den Gen. M., VP-Kdr. R. und VP-Insp. H. eine drohende Haltung ein. Es wurde gerufen: "Wir werden morgen streiken, den ganzen Tag haben wir gearbeitet, und auf wessen Anweisung hat der Zug nicht gehalten?"

Der Gen. H. ließ sofort durch einen Bahnhofsangestellten eine telefonische Verbindung mit dem Bahnhof Fürstenberg herstellen und fragte den Fahrdienstleiter vom Bahnhof Fürstenberg, auf welche Anweisung der Zug in Vogelsang durchgefahren sei. Aus Fürstenberg wurde geantwortet: "Auf Anweisung der Bezirksleitung der SED, dem Genossen Grüneberg." Der Gen. H. gab sofort die Anweisung, den Zug nicht weiter fahren zu lassen, sondern abzuwarten, bis er auf dem Bahnhof Fürstenberg eintreffen würde. Es wurde erwirkt, daß der Zug von Fürstenberg zurück bis Bahnhof Ziltendorf fuhr, um den auf den Bahnhöfen wartenden Arbeitern die Heimfahrt nach Cottbus, Forst und Guben zu ermöglichen.

Bevor die genannten Genossen jedoch vom Bahnhof Vogelsang abfahren, wurde den Arbeitern erklärt, daß der Zug zurückkäme und alle Arbeiter die Möglichkeit hätten, die Heimfahrt anzutreten. Nachdem dann festgestellt wurde, daß der Zug von Fürstenberg nach

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Vogelsang zurückfuhr, begaben sich die Genossen wieder auf den Bahnsteig zu den wartenden Arbeitern. Durch die Tatsache, daß es gelungen war, den Zug zurückzubeordern, waren die Sympathien fast aller Arbeiter auf der Seite unserer Genossen.

Am 18.6.53 gegen 08.15 Uhr wurden in mehreren Wohnblöcken der Stalinstadt Ansammlungen festgestellt, die in Sprechchören riefen: “Wir streiken so lange, bis die ganze DDR streikt.” An den Baustellen der Stalinstadt arbeiteten nur sehr wenige Arbeiter. Für 16.00 Uhr des gleichen Tages war die Befreiung der Häftlinge geplant. Die Bauarbeiter vom Hochofen 5 hatten in Verbindung mit einem Teil vom Arbeitslager “Dienst für Deutschland” die Arbeit niedergelegt.

Am 18.6.53 gegen 14.00 Uhr plante der Stahlbau Berlin einen Demonstrationzug in Richtung Stadt Fürstenberg. Die Haupträdelsführer wurden vom Betriebsschutz festgenommen. Die geplante Demonstration kam nicht zustande. Während der Demonstration in Fürstenberg wurde einem Angehörigen der Grenzpolizei die Waffe (Pistole 08) entwendet.

Am 19.6.53 wurde von den Bauunions Stalinstadt und Fürstenberg zu 80 % die Arbeit wieder aufgenommen.

Kreis Seelow

In Seelow waren keine Vorkommnisse zu verzeichnen. Zehn Genossen des Amtes wurden zur Verstärkung nach Fürstenwalde entsandt.

Kreis Angermünde

Im Kreis Angermünde waren keine Provokationen zu verzeichnen bis auf eine Ansammlung von ca. 80 – 100 Jugendlichen am 17.6.53 zwischen 19.00 und 20.00 Uhr, die vor dem Gebäude der Kreisverwaltung randalierten, weil der Ausnahmezustand erklärt worden war. Eine Gruppe von sechs VP-Angehörigen konnten durch bloße Agitation die Auflösung der Ansammlung erreichen.

Am 18.6.53 um 04.00 Uhr wurde aus dem Bestand des VPKA ein MTW mit 1:17 nach Strausberg zur Unterstützung abgeordnet. Die Abordnung währte bis zum 20.6.53, 10.30 Uhr.

Kreis Freienwalde

Gegen 14.00 Uhr des 17.6.53 wurden 15 Genossen auf Befehl der BDVP nach Strausberg zum Einsatz gebracht.

Gegen 17.30 Uhr teilte die Verkaufsstelle des Konsums mit, daß eine angetrunkene Person auf dem Marktplatz eine Menschenansammlung verursache. In Verbindung mit Soldaten der Sowjet-Armee begaben sich fünf VP-Angehörige zum Marktplatz. Auf dem Marktplatz waren schon Angehörige der Kreisleitung und Gen. vom MfS anwesend. Die Menschenansammlung wurde mit deren Hilfe zur Auflösung gebracht. Am 19.6.53 erhielt der Operativstab von der Kommandantur die Anweisung, ein Fahrzeug mit mehreren VP-Angehörigen zum Einsatz zu bringen. In Verbindung mit Fahrzeugen der Sowjet-Armee wurde die MTS Neuenhagen aufgesucht, in der vier Arbeiter versuchten, die Belegschaft zum Streik aufzufordern. Nachdem diese von den Sowjetsoldaten festgenommen wurden, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Mit den übrigen Angehörigen der MTS wurde eine Belegschaftsversammlung durchgeführt. An dieser Versammlung nahmen der Gen. Kreisamtsleiter, sowie ein Gen. der SED-Kreisleitung teil. Bei dieser Versammlung wurde ein

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

weiterer Angehöriger der MTS festgenommen, weil er in seiner Diskussion zum Ausdruck brachte, daß er sich mit den vier Festgenommenen solidarisch erklärte. Weiterhin meldete der VP-Obwm. W. aus dem Haftlager Beerbaum am 19.6.53, daß sich unter den Häftlingen drei Personen befinden, die andere Häftlinge dazu bewegen wollen, in den Streik zu treten. Die Häftlinge wurden aus dem Lager entfernt und der UHA Freienwalde zugeführt.

Kreis Eberswalde

Mit Erhalt des Auftrages zur Alarmierung der Kräfte des VPKA wurden vom Kreisamtsleiter alle Kräfte, einschließlich Freischicht der Abt. S, alle ABV usw. sofort zum VPKA beordert. Der I-Leiter erhielt Anweisung, für Unterbringung und Verpflegung Sorge zu tragen. Der Gen. Kreisamtsleiter begab sich mit dem Politstellvertreter zum 1. Sekretär der Kreisleitung, um die Lage und die Sofortmaßnahmen durchzusprechen. Es wurden alle Schwerpunktbetriebe angesprochen, eine verstärkte Kontrolltätigkeit durchzuführen und die Wachen durch bewußte Genossen zu verstärken. Im Anschluß an diese Rücksprache begab sich der Kreisamtsleiter zum sowj. Kreiskommandanten. Auch hier wurde die Lage durchgesprochen und Standposten zur Abriegelung der Ein- und Ausfallstraßen des Kreises Eberswalde festgelegt. Hierbei brachte der Kommandant zum Ausdruck, daß die Volkspolizei alles daransetzen müsse, um allein mit der Lage fertig zu werden.

Gegen 12.00 Uhr brach der 1. Streik im EKM Finow aus. Ca. 300 Arbeiter und Angestellte legten die Arbeit nieder. Dieser Streik dauerte drei Stunden. Mit Bekanntwerden dieses Streikes begaben sich ein Vertreter der Kreisleitung, der Kreiskommandant und der Politstellvert. zum Werk. Der Vertreter der Kreisleitung wurde ausgepiffen, und man wollte mit ihm nichts mehr zu tun haben. Den Kommandanten hörte man an, jedoch kam auch hier eine gewisse Ablehnung zuerst im Flüsterton und dann lauter zum Ausdruck. Die Belegschaft wählte sich neue Delegierte, und diese wollten mit der Werkleitung verhandeln. Sie stellten die Forderung: „Fort mit der unfähigen Regierung, Senkung der HO-Preise um 40 % sowie Senkung der Arbeitsnormen“, und brachten weiterhin zum Ausdruck, daß sie nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen würden, bevor die Besatzung der Sowjetarmee (inzwischen war ein Kommando zur Sicherung des Werkes eingetroffen) nicht das Werk verließ.

Die Belegschaft erklärte, wenn schon eine Sicherung des Werkes, dann durch die Deutsche Volkspolizei, aber sie wollten nicht nach achtjähriger Beendigung des Krieges unter Aufsicht der Russen arbeiten. Die Arbeit war bereits wieder aufgenommen und die Forderung gestellt, daß niemand, ganz egal welche Äußerung er getan habe, aus ihrem Betrieb verhaftet werden darf. Sollte dieses jedoch erfolgen, würden sie die Arbeit sofort wieder niederlegen. In den Abendstunden wurde in diesem Betrieb fast vollzählig wieder gearbeitet.

Am 17.6.53 in den Vormittagsstunden wurden auf dem Flur des Verwaltungsgebäudes Abus-Kranbau Eberswalde handgeschriebene Hetzzettel gefunden, in welchen freie Wahlen sowie der Sturz der Regierung gefordert wurden.

Gegen 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr hatten im Abus-Kranbau ca. 60 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, und die darauf folgende Schicht hat von abends 18.00 Uhr bis auf den darauf folgenden Morgen 06.00 Uhr nicht gearbeitet. Hieran waren ca. 300 Arbeiter beteiligt.

Bei der Bauunion der „Pionierrepublik Wilhelm Pieck“ erfolgte ebenfalls in der späten Nachmittagsstunden des 17.6.53 eine Arbeitsniederlegung, und es sollte am 18.6.53 früh eine Demonstration durchgeführt werden. Die Bauarbeiter begründeten ihren Streik damit, daß man ihnen bis zum 16.6.53 gerade die Bauarbeiter der Stalin-Allee ständig als gutes und

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

leuchtendes Vorbild hingestellt hatte, und aus diesem Grunde erklärten sie sich solidarisch mit dem Streik ihrer „Vorbilder“. Zu der am 18.6.53 geplanten Demonstration kam es jedoch nicht, da inzwischen auf Grund des Ausnahmezustandes jegliche Demonstrationen verboten waren.

Im RAW Eberswalde nahmen 300 Arbeiter am 18.6.53 um 06.00 Uhr ihre Arbeit nicht auf und stellten die Forderung auf Zurückziehung der sowj. Soldaten. Durch Verhandlungen mit dem Gen. Kreiskommandanten wurde dann in der Form eine Lösung erzielt, indem die Kommandos von den Werken zurückgezogen und in der Nähe untergebracht wurden. Auf Grund dieser Anweisung des Kreiskommandanten hatten bereits, wie schon erwähnt, auch die Kollegen im Abus-Kranbau ihre Arbeit aufgenommen.

Hinzugefügt muß noch werden, daß im Walzwerk Finow (Neuwerk) am 18.6.53 von 10.00 bis 11.30 Uhr ca. 100 Arbeiter im Werk zusammengekommen waren mit dem Verlangen, über die Lage aufgeklärt zu werden. Diese Aufklärung erfolgte unverzüglich durch Genossen der Kreisleitung, so daß lediglich eineinhalb Stunden die Arbeit ruhte. Fast alle aufgeführten Arbeitsniederlegungen wurden dem VPKA durch die Kreisleitung und zum anderen durch die BS-Einheiten im Abus-Kranbau und „Pionierrepublik W. Pieck“ gemeldet. Diese Meldungen gingen stets einige Minuten nach erfolgter Arbeitsniederlegung ein. Auf Grund der Verschärfung der Gesamtlage erklärte der sowj. Kreiskommandant am 17.6.53 um 17.00 Uhr den Ausnahmezustand für den Kreis Eberswalde. Derselbe wollte zunächst den Kriegszustand erklären, und es bedurfte einer eingehenden Absprache, unter anderem mit dem Hinweis, daß ja selbst in Berlin nur der Ausnahmezustand erklärt worden sei, bis der Kommandant sich darauf einließ, auch in Eberswalde nur den Ausnahmezustand mit der Sperrzeit von 20.00 Uhr bis 05.00 Uhr durchzuführen.

Einige Unstimmigkeiten traten in der Form auf, daß einige Genossen der Kreisleitung der Partei versuchten, Angehörigen der Volkspolizei Aufträge und Anordnungen zu erteilen.

Kreis Frankfurt/Oder

Am 18.6.53 gegen 06.00 Uhr wurde der BDVP Frankfurt/Oder, Abteilung SV, gemeldet, daß auf den Arbeitsstellen des Standkommandos Güldendorf mit Unruhen unter den Strafgefangenen zu rechnen ist. Der Leiter des Standkommandos erhielt den Auftrag, die Posten am Lager zu verstärken und die Kommandos der Strafgefangenen unter zusätzlicher Bewachung einzuziehen. Die Arbeitskommandos gelangten ohne Vorkommnisse ins Lager. Die eingesetzte Verstärkung des VPKA Frankfurt/Oder und Grenzpolizei wurden im Laufe des Tages abgezogen.

Am Nachmittag des 18.6.53 erfolgte eine Agitation und Belehrung der Strafgefangenen. Ein Häftling, der unter den Strafgefangenen Fluchtabsichten äußerte, wurde in die UHA Frankfurt/Oder verlegt.

Am 18.6.53 gegen 12.00 Uhr meldete der Operativstab Frankfurt/Oder, daß auf der Baustelle Güldendorf 200 Arbeiter der Bauunion-Halle, 150 Arbeiter der Bauunion-Spree und 80 Arbeiter der Bauunion-Rostock in den Streik getreten sind. Nachdem eine Betriebsversammlung durchgeführt wurde, auf der eine Resolution, die den Sturz der Regierung forderte, angenommen wurde, wurde nach vier Stunden der Streik beendet, und die Arbeiter kehrten an ihre Arbeitsstellen zurück. Nach Informationen durch die Partei soll in der Bauunion-Spree eine illegale Streikleitung gebildet worden sein. Die Resolution sollte als

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Telegramm nach Berlin gehen, und wenn bis zum 19.6.53, 12.00 Uhr, von Berlin keine Antwort auf dieses Telegramm eingegangen ist, gestreikt werden.

Am 19.6.53 gegen 07.00 Uhr meldete der Leiter des Standkommandos, VP-Komm. L., daß unter den Strafgefangenen wieder mit Unruhen zu rechnen ist. Die Arbeitskommandos wurden eingezogen und die Lagerposten verstärkt. Die VP-Angehörigen, die die Arbeitskommandos einholen wollten, konnten nur zu 50 % - und davon zum Teil nur mit Karabiner – bewaffnet werden.

Vom VPKA Frankfurt/Oder wurden VP-Angehörige zur Verstärkung eingesetzt und außerdem für die Sicherung während der Einziehung der Kommandos Gen. der Berufsschule. Während der Gefahrenzeiten kamen die Strafgefangenen nicht zum Einsatz. In der Nacht vom 18. zum 19.6.53 war im gesamten Lager Güldendorf der Strom ausgefallen. Die Lagerwachen wurden verstärkt. Ein Provokateur unter den Strafgefangenen wurde am 19.6.53 zur UHA Frankfurt/Oder verlegt. Am 22.6.53 kam von den Funktionären die Meldung, daß ein Strafgefangener Absicht zur Flucht gehabt hat. Dieser wurde ebenfalls zur UHA Frankfurt/Oder verlegt.

Am 19.6.53 gegen 10.50 Uhr erhielt das VPKA Frankfurt/Oder vom Chef der BDVP den Befehl, den Hauptinitiator der Streikleitung aus dem Baulager Spree in Güldendorf festzunehmen und gleichzeitig die illegale Streikleitung zu beseitigen. Es wurde eine Einsatzgruppe von 33 VP-Angehörigen aufgestellt, die durch ein gut geplantes Vorgehen die Rädelsführer Harald B., geb. 9.4.29, und Wilhelm K., geb. 10.8.26, beide wohnhaft in Güldendorf, festnehmen konnte. B. war als BGL tätig. Bei seiner Festnahme führte er 2.204 DM bei sich. Von der Kreisleitung waren in unmittelbarer Nähe der Baustellen über 200 Agitatoren in Bereitschaft gehalten, welche aber nicht zum Einsatz gelangten. Von der FDJ-Bezirksleitung wurde durch Lautsprecherwagen der Befehl des Bezirkskommandanten an alle Arbeiter durchgegeben.

Die Rädelsführer hatten deshalb ein leichtes Arbeiten, weil die Arbeiterschaft durch Maßnahmen der Bauleitung in schlechter Stimmung war. Es wurden: 1. Vor einigen Monaten die Schmutzzulage gestrichen. 2. Der Preis des Mittagssessens von 0,55 auf 0,95 DM gesetzt, ohne daß eine Verbesserung im Essen eintrat.

Dem B. war das bekannt, er unterließ es aber, seiner vorgesetzten Gewerkschaftsdienststelle von den Mißständen Kenntnis zu geben und auf die Stimmung der Arbeiter aufmerksam zu machen. Er hat somit bewußt die schlechte Stimmung der Arbeiter geschürt.

Ferner wurde der Entwurf des Telegramms vorgefunden, welches sich, wie bereits gemeldet, mit dem Sturz unserer Regierung usw. befaßte.

Die Arbeiter brachten zum Ausdruck, daß es angebracht wäre, Diskussionen mit Volkspolizisten in den Wohnbaracken durchzuführen, damit den Aufwieglern und Rädelsführern ihr Handwerk schneller gelehrt werden kann.

Nach Rücksprache mit den Bauleitern der Bauunion-Halle, Dresden und Spree wird auf allen Arbeitsplätzen gearbeitet. Es ist also nicht zu Streiks oder Demonstrationen gekommen. Der Amtsleiter sprach anschließend den Einsatzkräften für den gut diszipliniert durchgeführten Einsatz seine Anerkennung und seinen Dank aus.

Am 21.6.53 wurden bei Posten des Haftlagers 30 Flugblätter, die zum Streik aufriefen, abgegeben. Diese Flugblätter wurden auf dem Fußweg zwischen Wilhelm-Pieck-Str. und dem Wohnlager Güldendorf gefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß dafür sechs Jungen des Wohnlagers Güldendorf, Reesebaracke und Wohnbaracke 9, als Täter in Frage kommen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Kreis Bernau

Am 17.6.53, kurze Zeit nach Dienstbeginn, wurde der Kreisamtsleiter von Bernau vom Chef der BDVP, Gen. Insp. Kotulan, von den Vorgängen in Berlin in Kenntnis gesetzt und angewiesen, ab sofort eine ständige Einsatzreserve in Stärke von 20 VP-Angehörigen bereitzustellen. Die Ausrüstung sämtlicher VP-Angehörigen wurde durchgeführt bzw. wurde ergänzt.

Nach der Sekretariatssitzung bei der Kreisleitung der SED wurde eine Abteilungsleiterbesprechung durchgeführt, Tagesordnungspunkt: Die entstandene Situation in Berlin und unsere Sicherungsmaßnahmen. Die ABV wurden durch die S-Leiter von den bevorstehenden Aufgaben in Kenntnis gesetzt. Besonders zu erwähnen ist, daß die ABV auf Grund der Situation in Berlin Eigeninitiative entwickelten und die Alarmierung der freiw. Helfer schon von sich aus veranlaßt hatten. In der Einsatzzeit waren laufend 87 freiw. Helfer im Einsatz.

Am 17.6.53, 10.00 Uhr, meldete das VPKA Bernau, daß 200 Arbeiter von der Baustelle Berlin-Buch nach Berlin gefahren sind, um vermutlich an den Aufmärschen teilzunehmen.

Zur gleichen Zeit legten ca. 100 Bauarbeiter von der Baustelle "FDJ-Hochschule W. Pieck" am Bogensee die Arbeit nieder und erklärten sich mit den Berliner Bauarbeitern solidarisch. In Diskussionen mit den Bauarbeitern wurde von diesen geäußert, daß heute der gleiche Zustand wie vor 1945 herrsche, und daß jeder Streik der Arbeiter untersagt sei. Man solle Wahlen durchführen, wie sie der Bundestag in Westdeutschland durchführte, und dann würde man schon sehen, wo sie blieben. (Gemeint ist damit die Regierung der DDR.)

Gleichfalls am 17.6.53 legte die Bereitschaft des RAW Basdorf ihre Arbeit nieder, indem sie eine 40 % Preissenkung der HO und eine 10 % Normensenkung sowie freie Wahlen forderten. Aus Bernau wurde gemeldet, daß dort Lebensmittel in größeren Mengen zusammengekauft wurden, ja daß man sogar teilweise Brot aus den benachbarten Dörfern einkaufte.

Am 19.6.53 gegen 10.00 Uhr wurde in der Ortschaft Schwanebeck von unbekanntem Tätern das dortige sowjet. Nachrichtennetz durch Absägen eines Mastes und Durchschneiden der Leitungen gestört. Hierbei handelt es sich einwandfrei um Sabotage.

In der Gemeinde Wandlitz wurde das Gerücht verbreitet, daß sämtliche Bilder von Wilhelm Pieck zu beseitigen sind. Aus der Gemeinde Schönow wird gemeldet, daß Jugendliche auf dem Übungsgelände der Sowjetarmee Bretter und Treppen abgerissen haben, die zu den Übungstürmen führten.

Im staatl. Kreiskontor beim Rat des Kreises Bernau diskutierten die Angestellten über die Freilassung des stellv. Ministerpräsidenten Nuschke folgendermaßen: "Wie human die drüben sind, daß sie den Nuschke freigelassen haben, während die Russen einen erschossen haben." Weiterhin fiel die Äußerung bei den Angestellten, daß, wenn es so weiter geht, man selbst bald abhauen müsse.

In der Gaststätte der Gemeinde Börnicke empfing der Angehörige der freiw. Feuerwehr, Gerhard O., eintretende Bauarbeiter mit den Worten: "Ihr Streikbrecher, Faschisten und Saubonzen, ihr arbeitet noch? Wißt ihr nicht, daß in Berlin 16 Arbeiter erschossen wurden?"

Kreis Beeskow

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Am 17.6.1953 gegen 10.00 Uhr wurde auf Anweisung des Chefs der BDVP das VPKA in Alarmzustand versetzt und eine Ersatzreserve in Stärke von 20 VP-Angeh. aufgestellt. Davon wurden gegen 13.00 Uhr zehn VP-Angeh. zum VPKA Strausberg beordert, die um 16.00 Uhr mit einem Fahrzeug der BDVP abtransportiert wurden.

Am 18.6.1953 versuchte der Buchhalter der VE-Schuhfabrik Storkow, Horst P., geb. 14.2.07, bei seinem Arbeitsantritt um 08.00 Uhr die Belegschaft zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Mehrere Jugendliche hatte er nach Hause geschickt. Eine weitere Person beauftragte er, in die anderen Betriebe zu gehen und gleichfalls zum Streik aufzurufen. Die Schuhfabrik, die darauf die Arbeit niederlegte, hat diese erst am 19.6.53 – 05.00 Uhr – wieder aufgenommen. P. wurde festgenommen und dem MfS übergeben. P. war vor 1945 Mitglied der NSDAP und wurde im Jahre 1951 wegen Sittlichkeitsverbrechen zu zwei Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Am 24.6.53 meldete der Operativstab Beeskow gegen 12.45 Uhr, daß ihm der ABV von Lieberose mitteilte, daß in der Bauunion-Sangershausen Arbeiter in den Streik getreten sind, und er diese Personen in sein Dienstzimmer geladen hat, um die Angelegenheit zu klären. Der diensttuende Genosse im Op.-Stab verdrehte die Meldung, indem er dem Politvertreter des VPKA mitteilte, daß in Lieberose sechs Arbeiter streiken und von Betrieb zu Betrieb gehen, um andere zum Mitstreiken aufzufordern. Außerdem meldete er, daß die Bauarbeiter beabsichtigen, eine illegale Zusammenkunft durchzuführen.

Vom VPKA Beeskow wurde ein Einsatzkommando und zwei Angeh. der Abt. K nach Lieberose entsandt. Dieses stellte fest, daß vier Arbeiter wegen angeblicher Arbeitsverweigerung durch die Betriebsleitung entlassen wurden. Da die Arbeiter mit dieser Entlassung nicht einverstanden waren, begaben sie sich von einem Betrieb zum anderen, um sich über diese Maßnahme zu beschweren. Die Arbeit war deshalb abgelehnt worden, weil sie schon einige Wochen keinen Lohn mehr erhalten hatten und deshalb in eine Notlage geraten waren. Alle wurden nach Rücksprache mit der Betriebsparteileitung wieder eingestellt.

Kreis Strausberg

In der Nacht vom 16.6. zum 17.6.1953 wurden in Herzfelde an drei verschiedenen Stellen mit schwarzer Farbe Hetzparolen wie “SED muß verschwinden”, “Volksarmee muß verschwinden” und “HO muß verschwinden” angeschrieben.

Am 17.6.1953 um 08.00 Uhr wurden mehrere Funktionäre der Kreisstadt Strausberg vom 1. Sekretär zur Kreisleitung der Partei bestellt. In dieser Besprechung wurde bekanntgegeben, daß am 16.6.53 in Berlin Demonstrationen von Bauarbeitern der Stalinallee durchgeführt wurden, und daß es gilt, in unserem Kreisgebiet Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verhindern. Der Kreisleiter gab die Anweisung, sofort Alarmstufe III auszulösen und eine Bewaffnung Einsatzbereitschaft aus acht VP-Angeh. aufzustellen.

Gegen 12.40 Uhr wurde das Benzinlager auf dem Objekt der Bauunion-Spree in Strausberg von den Fahrern der zurückgekehrten Fahrzeuge erbrochen, um die Fahrzeuge aufzutanken. Nun versuchten Arbeiter mit acht LKWs den Grenzkontrollpunkt Dahlewitz – Hoppegarten zu durchfahren, um nach Berlin zu gelangen. Als die Bauarbeiter mit der dort angesammelten Bevölkerung die Sperre zu durchbrechen versuchten, wurden sie von Genossen der Grenzpolizei und einigen Soldaten der Sowjetarmee daran gehindert.

Von der Kreisleitung der SED wurde das VPKA Strausberg verständigt, daß Provokateure auf dem Objekt der Bauunion vom Benzinlager unberechtigt Benzin entwendeten. Vom VPKA

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

wurde ein Einsatzkommando in der Stärke von 25 VP-Angeh. eingesetzt, um das Benzinlager zu sichern und die Fahrzeuge an der Weiterfahrt zu hindern. Als das Einsatzkommando dort eintraf, waren die Fahrzeuge schon abgefahren.

Bei der Bevölkerung des Kreises, vor allem in den Gemeinden Herzfelde und Hennickendorf setzte eine Angstpsychose ein. Es wurde an Lebensmitteln alles, was zu bekommen war, gekauft, z.B. fünf und mehr Brote, so wie bis zu 20 Pfund Mehl von einzelnen Personen. Obwohl Fahrzeuge in genügendem Maß vorhanden waren, machte sich ein Mangel an Kraftfahrern bemerkbar.

Der verhältnismäßig geringe Einsatz von freiw. Helfern ist darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil von diesen in Berlin arbeitet und erst spät von dort zurückkehrt. Mit Hilfe von Genossen, Jugendfreunden und Parteilosen organisierte die Partei in den einzelnen Gemeinden einen selbständigen Postendienst. Mit der Kreiskommandantur sowie der Stadtkommandantur bestand eine gute Verbindung, und es wurden laufend Absprachen geführt, wobei von Seiten unserer Freunde gute Anregungen gegeben wurden. Verständigung mit der Grenzpolizei war sehr schlecht.

Die Aussprache über die Lage und durchzuführende Maßnahmen mußten teilweise durch Kurierfahrer bzw. durch persönliche Zusammenkünfte vereinbart werden. Auch hier wäre die Schaffung einer OB-Leitung dringend erforderlich. Weitere Mängel gab es in der Bewachung: Es fehlte an Waffen und ausreichender Munition.

Auf Grund der Mitteilung der Kreisleitung, daß die Arbeiter der Bauunion-Spree die Arbeit niedergelegt haben und sich in einem Demonstrationszug nach Strausberg begeben, wurden Streifen in das Stadtgebiet entsandt mit der Aufgabe, Ansammlungen sofort zu zerstreuen. Nach erneuter Mitteilung der Kreisleitung, daß Fahrzeuge mit Hetzlosungen im Kreisgebiet herumfahren, wurden zwei VK-Angeh. vom VPKA Bernau, die z.Zt. dienstlich in Strausberg tätig waren, zu Fahrzeugkontrollen eingesetzt.

Da kein klares Bild über die Situation in Strausberg, Herzfelde, Hennickendorf usw. vorlag, fuhren Funktionäre der Kreisleitung und ein VP-Offizier in das Kreisgebiet.

Gegen 11.45 Uhr wurden die beiden PKW von den Genossen der Bezirks- und Kreisleitung von Provokateuren in Herzfelde provoziert, und als die beiden PKW in Richtung Strausberg weiterfuhren, wurden sie mit Gegenständen beworfen. Nach ca. 80 Meter vom Standort der Provokateure wurde ein Schuß auf den letzten PKW abgegeben. Das Projektil (7,65 mm) blieb in der Polsterung stecken.

Ca. 10 Minuten später überholte kurz vor Hennickendorf der Gen. Inspektor H. zwei LKW mit ca. 60 Demonstranten, die den PKW der Kreisleitung Strausberg beschossen hatten. Der Gen. Insp. H. hatte von diesem Vorfall keine Kenntnis. Die Kraftfahrer wurden von ihm aufgefordert, die polizeilichen Genehmigungen für Personentransport vorzuzeigen, und als solche nicht vorhanden waren, die Anweisung gegeben, daß die Personen den Wagen zu verlassen haben, was auch ohne Zwischenfälle geschah. Der Wagen wurde leer zurückgeschickt.

Am 17.6.1953 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 09.00 Uhr erfolgten die ersten Arbeitsniederlegungen auf dem Bauobjekt Strausberg der Bauunion-Spree. Gegen 09.30 Uhr wurde von fast allen Arbeitern die Arbeit auf diesem Objekt niedergelegt. Anschließend sollte ein Demonstrationszug nach Strausberg gebildet werden. Die von Provokateuren aufgetriebenen Arbeiter änderten den ersten Entschluß und bemächtigten sich einiger Fahrzeuge vom Bauobjekt Strausberg und fuhren damit zu den Ziegelwerken nach Herzfelde, Baumechanik

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Herzfelde, Ziegelwerk-Böhm und Bäcker Herzfelde und anschließend nach Hennickendorf zum Baubetrieb.

In all diesen Betrieben wurden die Arbeiter aufgehetzt, die Arbeit niederzulegen und mitzustreiken. Von Hennickendorf fuhren die Demonstranten nach Rüdersdorf, Kreis Fürstenwalde, um dort die Arbeiter der Zement-, Kalk- und Betonwerke aufzufordern, die Arbeit niederzulegen. Von Rüdersdorf ging die Fahrt wieder zum Objekt der Bauunion-Spree nach Strausberg zurück.

Kreis Fürstenwalde

VEB Kalk-, Zement- und Betonwerk Rüdersdorf.

Um 07.00 Uhr des 17.6.53 versuchten die Arbeiter der Maschinenabteilung, die Arbeit niederzulegen. Parteisekretär und Werkleiter begaben sich dorthin, und nach lebhafter Diskussion wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Eine Einsatzleitung wurde sofort bei Eintreffen der ersten Meldungen gegen 08.30 Uhr gebildet. Leiter des Einsatzes VP-Komm. E., Abteilungsleiter BS Fürstenwalde, VP-Mstr. M. und VP-Mstr. C. Gegen 09.00 Uhr wurde vom Kalk- und Zementwerk 2 gemeldet, daß Anzeichen für eine erneute Arbeitsniederlegung zu erkennen sind. Es wurde die Forderung gestellt, sofort eine Versammlung einzuberufen. Auf diese Meldung hin begaben sich nach Rücksprache mit dem MfS und Partei VP-Hpwm. P. und ein Vertreter vom MfS zum Zementwerk 2. Sie erreichten ihr Ziel jedoch nicht, weil die Bauunion-Spree schon unter freiem Himmel hinter ihren Wohnbaracken ihre Versammlung durchführte.

Gegen 09.30 Uhr kam die Meldung durch den Gen. K., daß sich eine Kolonne von ca. 20 LKW, besetzt mit Streikenden, in Richtung auf das Werk zu bewegt. Es wurde daraufhin sofort Alarmstufe III ausgelöst und Posten mit den verfügbaren Kräften (fünf Mann) besetzt. Sämtliche Posten erhielten die Anweisung vom VP-Komm. E., daß keine fremden Personen und Fahrzeuge in das Werk hineinzulassen sind. Parteileitung, Werkleitung und VPKA wurden verständigt und das VPKA um Verstärkung gebeten. Die Volkspolizisten am Tor III wurden aufgefordert, die Waffen niederzulegen und mitzumachen. Sie folgten dieser Aufforderung nicht und erhielten von der Einsatzleitung die Anweisung, die Waffen unterzuschlagen und diese in jedem Falle zu verteidigen, Provokationen jedoch aus dem Wege zu gehen.

Zwölf dieser LKW, besetzt mit Arbeitern der Bauunion-Spree und Ziegelei Herzfelde, erzwangen gewaltsam mit Unterstützung der im Werk stationierten Bauunion-Spree den Zutritt zum Werk, indem sie das Eingangstor zerfuhren und die Posten, die sich an den Schlagbaum gehängt hatten, mit hochzogen, und diese dadurch gezwungen wurden, den Weg frei zu geben.

Von den eingedrungenen LKW aus wurden Delegationen in die einzelnen Werkabteilungen geschickt, die die Arbeiter aufforderten, die Arbeit niederzulegen. Durch Drohungen und Verhetzungen gelang es den Provokateuren, daß gegen 13.00 Uhr im gesamten Werk die Arbeit eingestellt wurde. Ca. 60 Genossen und 40 parteilose Arbeiter übernahmen den Schutz der Maschinen und Aggregate. Gegen 11.00 Uhr verließen die eingedrungenen LKW wieder das Werk. Dieser Kolonne schlossen sich zwei werkseigene LKW an, besetzt mit Werksangehörigen und Arbeitern der Bauunion-Spree. Die Kolonne hatte sich das Ziel gesetzt, nach Erkner zu fahren. Nach 13.00 Uhr verließ der größte Teil der Arbeiter das Werk. Es wurde das Gerücht verbreitet, in Rüdersdorf auf dem Marktplatz fände eine Versammlung

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

statt. Dies traf jedoch nicht zu. In den Nachmittags- sowie Nachtstunden waren keine wesentlichen neuen Vorkommnisse zu verzeichnen.

Am 18.6.53 wurde in den einzelnen Abteilungen zwischen 10-100 % gearbeitet. Zementwerk 1 mit 100 %, Kalkwerk mit 10 %, Maschinenabteilung mit 20 %. Die Bauunion-Spree hat am 18.6.53 nicht gearbeitet. Am 19.6.53 haben fast alle Abteilungen 100 %ig gearbeitet.

Am 18.6.53 wurde noch einmal, besonders von der Bauunion-Spree, der Versuch gemacht, im gesamten Werk eine Arbeitsniederlegung zu erreichen. Sie stellten die Forderung auf "Freilassung der politischen Gefangenen". Im Zusammenwirken mit Soldaten der Sowjetarmee wurde dieses verhindert. Die Arbeit des Gegners konzentrierte sich besonders darauf, durch Verbreitung von Gerüchten über den Ausnahmezustand die Arbeiter zu verängstigen und zu erreichen, daß die Nachtschicht die Arbeit um 21.00 Uhr niederlegt. Es wurden besonders folgende Gerüchte verbreitet: "Die Sowjetarmee erschießt alles, was nach 22.00 Uhr auf der Straße angetroffen wird" oder "Von den Kontrollen werden die Passierscheine zerrissen".

Auf Grund der Tatsache, daß zu wenig Waffen vorhanden waren, von 29 Gen. besaßen nur 13 eine Pistole, konnten nicht alle VP-Angeh. mit Waffen versehen werden. Der Parteisekretär des Betriebes wurde erst durch den BS verständigt über die Anzeichen, die zur Streikbewegung vorhanden waren. Die Maßnahmen der Partei setzten aus diesem Grunde erst spät ein.

Reifenwerk Fürstenwalde

In der Nacht vom 16.6. zum 17.6.53 wurden von einigen Kollegen des Mischsaales Forderungen gestellt, so unter anderem Senkung der Normen und 40 %ige Preissenkung in der HO. Die verantwortlichen Genossen der Nachtschicht haben sofort mit diesen Kollegen diskutiert und erreichten, daß die Arbeit ohne Zwischenfälle durchgeführt wurde.

Am 17.6.53 kurz nach 07.00 Uhr erschien VP-Komm. E. im Auftrage des Kreisamtsleiters und teilte dem BS-Leiter VP-Komm. K. mit, es sei heute äußerste Wachsamkeit geboten. Delegationen sind in Berlin unterwegs, man rechnet, daß diese auch im Werk erscheinen. Über den Charakter der Delegation wurde nicht eingehend gesprochen, da auch VP-Komm. Ernst nicht genau darüber informiert war, was in Wirklichkeit vorging. Alarmstufe wurde nicht ausgelöst, da sich neben der diensttuenden Schicht eine weitere Schicht zur Schulung in der BS-Unterkunft aufhielt. Die Torposten wurden sofort verstärkt, sowie auch die anderen Posten. Die Posten wurden angewiesen, keine Delegationen ins Werk einzulassen, bevor nicht Parteisekretär und Werkleitung dieses genehmigt haben.

Gegen 10.00 Uhr legte die Belegschaft der Bauunion-Spree die Arbeit nieder und verließ ohne weitere Zwischenfälle das Werk. Gegen 11.30 Uhr führte dieselbe Bauunion eine Versammlung im Kulturhaus Karl Marx durch. In dieser Versammlung wurde Wegfall der Normen und 40 %ige Preissenkung der HO gefordert.

Von Seiten der BPO wurden von dieser Versammlung sechs Diskussionsredner gestellt. Zwei kamen jedoch nur zu Wort. Kurz vor 12.00 Uhr erging vom Kreisamtsleiter die Anweisung, daß sich die BS nicht provozieren lassen soll und keine Gewalt anwenden soll und von der Schußwaffe nicht Gebrauch machen soll.

Gegen 12.00 Uhr wurde auf Anweisung des Kreisamtsleiters Alarmstufe III ausgelöst. Gegen 11.00 Uhr wurde mit der BPO abgesprochen, daß sofort Gen. in den Betrieb gehen sollten, um die Stimmung zu ergründen und über das Kommuniqué des ZK zu diskutieren.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Gegen 13.30 Uhr wurde der BS vom VPKA benachrichtigt, daß die Bauunion zu einer Demonstration nach Fürstenwalde sammle. Im gleichen Augenblick hatten die Kollegen von der Bauunion die Posten beiseite gedrückt und marschierten ins Werk ein. VP-Komm. K. gab die Anweisung, daß in jedem Falle die Waffen und die Unterkunft zu sichern sind.

Gegen 13.30 Uhr erschien ein Zug von ca. 200 Bauarbeitern vor dem Werkseingang. Die Torposten, die während dieser Zeit die zweite Schicht durchschleusten, versuchten durch Schließen der Tore das Werk abzuriegeln, die wurden jedoch beiseite gedrückt. Im Werk wurden von den Demonstranten Transparente hochgehoben mit den Losungen: “Wir fordern freie und geheime Wahlen”. “Wir fordern 40 %ige HO-Preissenkung”, “HO macht uns KO.”, “Abschaffung der KVP”, “Wir fordern Rücktritt der Regierung”.

Der Zug marschierte ca. 20 Minuten durch das Werk und forderte unter dem Ruf “macht mit” die Reifenwerker zur Arbeitsniederlegung auf. Ein Teil der zweiten Schicht hat daraufhin die Arbeit nicht aufgenommen, jedoch nur vereinzelte schlossen sich dem Demonstrationszug an.

Die Abteilungen Konfektion und Vulkanisation, die um 14.00 Uhr die Arbeit begonnen hatten, mußten die Arbeit gegen ca. 19.30 Uhr einstellen, da keine Vorbereitungen vorhanden waren. Mit Unterstützung der BPO wurde ein verstärkter Streifengang durch die Abteilungen organisiert. Die Verstärkung durch die Partei betrug ca. 100 Genossen. Der Posten am Haupttor wurde durch einen Hundeführer mit Hund und sechs Parteigenossen verstärkt, nachdem die Bauunion das Werk verlassen hatte. Das Tor wurde verschlossen. Der Besucherverkehr war gänzlich untersagt. In den Nachmittagsstunden des 17.6.53 wurde ein Einsatzplan ausgearbeitet. Die Einsatzleitung setzte sich zusammen aus VP-Komm. K., VP-Mstr. V., ein Vertreter MfS und ein Wachhabender und Melder.

In Zusammenarbeit mit der BPO und MfS wurden in den Abend- und Nachtstunden festgenommen:

- 1.) V., Haupträdelsführer, marschierte dem Zug voran.
- 2.) H., verlas eine fertig ausgearbeitete Entschließung im technischen Büro mit den Forderungen.
 - a) Sturz der Regierung
 - b) Abschaffung der VP
 - c) 40 %ige Preissenkung der HO
 - d) Herabsetzung der Normen
 - e) Revision des Urteils Lucke u. Asweh
- 3.) K., BGL der Bauunion, versuchte die Situation zu verschleiern.
- 4.) P., BGL, forderte die Niederlegung der Arbeit in der Bauunion.
- 5.) K., Streikleitung
- 6.) B., Streikleitung

Am 17.6.53 gegen 14.00 Uhr wurde von der Bauunion ein Demonstrationszug organisiert, der sich in Richtung Stahlgußwerk bewegte. Dieser Zug änderte jedoch seinen Kurs und zog zu den Gebäuden des Rates des Kreises. Hier wurde der Vorsitzende des Rates aufgefordert, zu der Bevölkerung zu sprechen, und es wurden ähnliche Forderungen wie im Reifenwerk und im Kalk- Zement- und Betonwerk gestellt. Der Vorsitzende des Rates versuchte auch, zu diesen Menschen zu sprechen, wurde jedoch von den Radaubrüdern daran gehindert, und man versuchte, ihn tätlich anzugreifen. Dies wurde jedoch durch Angehörige der Abteilung K des VPKA verhindert, die den Vorsitzenden des Rates von der Masse isolierten und ihn unter den

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Schutz der Volkspolizei stellte, so daß er unbehelligt zum VPKA gebracht werden konnte. Mit Unterstützung unserer Freunde wurde der Aufmarsch vor dem Gebäude ohne besondere Zwischenfälle aufgelöst. Um 20.00 Uhr wurde in Fürstenwalde der Ausnahmezustand verhängt. Der Zugverkehr von Fürstenwalde-Erkner nach Berlin und umgekehrt wurde eingestellt. Berliner, die in Fürstenwalde arbeiten, waren darüber unzufrieden und schlossen sich der Demonstration an.

Am 18.6.53 wurde die Arbeit wieder in allen Abteilungen des Reifenwerkes aufgenommen. Es beteiligten sich ca. 90 %. Die Bauunion durfte auf Anweisung des Kreiskommandanten das Werk nicht betreten, und es wurde nur demzufolge auf einigen außenliegenden Baustellen gearbeitet. Das VE-Gußstahlwerk Fürstenwalde-Süd arbeitete ebenfalls voll. Im Glühphosphatwerk Rüdersdorf wurde die Arbeit zu 80 % aufgenommen.

Seit dem 19.6.53 wird im Reifenwerk und vor der Bauunion in- und außerhalb des Werkes vollzählig gearbeitet. Auch an den folgenden Tagen zeigten sich keine Anzeichen von Arbeitsniederlegungen. Der Gegner trat nicht mehr offen in Erscheinung.

Haftarbeitslager Rüdersdorf

In Rüdersdorf versuchten die Demonstranten, die aus Richtung Strausberg/Herzfelde nach Rüdersdorf gekommen waren und nach längeren Debatten die Arbeiter des Zementwerkes und des Phosphatwerkes zur Arbeitsniederlegung überredet hatten, das Haftarbeitslager zu stören. Sie zogen brüllend in der Nähe des Lagers vorbei, ohne jedoch einen Angriff zu wagen. Der VP-Oberrat B., Leiter des Haftarbeitslagers Rüdersdorf, zeigte eine besondere Entschlossenheit in der Sicherung des Lagers. Mit dem Beginn der Unruhe ordnete er die sofortige Einziehung der Arbeitskommandos an unter Hinzufügung von zusätzlichem Bewachungsmaterial und Ausnutzung von Schleichwegen. Die Strafgefangenen wurden isoliert gehalten.

Als Provokateure vor die Dienststelle zogen, die Freigabe der Häftlinge forderten, hatte L. es verstanden, die Volkspolizisten auf die restlose Verteidigung der Dienststelle einzurichten. Eine klare Befehlsgebung, einschließlich der Herausgabe des Schießbefehls, förderten den Sicherheitszustand der Dienststelle.

Während der gesamten Vorkommnisse wurden folgende Anweisungen von uns an die Kreise erteilt:

Am 17.6.53 um 11.00 Uhr die Anweisung über sofortiges Melden aller Vorkommnisse.

Um 14.20 Uhr sich auf keinem Falle provozieren zu lassen und Gewalt nur zum Schutze wichtiger Objekte anzuwenden.

Im übrigen alle erforderlichen Maßnahmen nach Beratung mit den sowjetischen Kreiskommandanturen durchzuführen.

Weiterhin die Anweisung zur Zusammenarbeit mit den Parteidienststellen und denen des MfS.

Um 14.20 Uhr die Anweisung der sowjetischen Bezirkskommandantur über die Verhängung des Ausnahmezustandes.

Um 20.00 Uhr die Anweisung, unter allen Umständen wichtige Objekte, und sei es unter Anwendung von Waffengewalt, zu verteidigen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Um 22.00 Uhr die Anweisung zur Unterbringung der Waffen und Geräte der Organisation Sport und Technik in den Dienststellen der Volkspolizei.

Ergänzung zu Anliegendem:

- 08.00 Uhr Bildung einer Einsatzreserve in der BDVP, Anordnung des Alarmzustandes. Keiner verläßt das Haus.
- 10.00 Uhr Alarmierung der Kreise. Bildung von Einsatzreserven und Konzentrierung der Kräfte in den Ämtern.
- 12.00 Uhr Befehl an die Ämter: Auf keinen Fall VP-Objekte sowie lebenswichtige Betriebe räumen.

Am 18.6.53 um 07.00 Uhr die Anweisung zur radikalen Durchsetzung des polizeilichen Willens.

Am 19.6.53 – 22.00 Uhr die Übermittlung der Anweisung der Bezirkskommandantur über die Verkürzung der Sperrzeit von 22.00 Uhr bis 04.00 Uhr und Wiedererlaubnis aller Veranstaltungen.

Am 20.6.53 – 01.00 Uhr die Aufforderung eingehender Analysen aus den Kreisen Strausberg, Fürstenberg und Fürstenwalde.

Darüber hinaus die Weiterleitung aller von der HVDVP eingegangenen Hinweise auf Anordnungen.

Während des gesamten Einsatzes bestand engste Verbindung mit der Bezirksparteileitung über den Verbindungsoffizier Gen. Insp. M., zum MfS durch zwei ständige Vertreter desselben im Op.-Stab der BDVP und zur sowjetischen Dienststelle, die durch den Dolmetscher der BDVP, der im Op.-Stab seinen Dienst versah, ständig unterrichtet wurde.

Die Leitung des gesamten Einsatzes lag in meinen Händen, und während meiner Abwesenheit in denen meines Stellvertreters Allgemein Gen. Insp. H.

Arbeit der Politorgane

[...]

Erfahrungen und Schlußfolgerungen, die sich aus unserem Einsatz ergeben:

An Mängeln waren zu verzeichnen:

1. Unbrauchbare Alarmpläne in allen Dienststellen, die einer dringenden Überarbeitung nach taktischen Gesichtspunkten bedürfen. Der Operativstab ist angewiesen, in Verbindung mit dem Leiter der Abteilung S bessere Alarmpläne zu erarbeiten.
2. Unzureichende Bewaffnung, insbesondere der Mangel an automatischen Waffen. Hierbei erscheint es schon allein zweckmäßig, die vorhandenen Karabiner mit Seitengewehren auszustatten, weil diese auf Angreifer einen nachhaltigeren Eindruck hinterlassen und damit auch einen größeren Schutz darstellen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Ein ganz besonderer Mangel herrscht an Pistolen und an Munition für Pistolen des Kalibers 7,65, für die im Einzelfalle zwei bis höchstens vier Schuß Munition vorhanden sind.

Die Karabiner sind zwar in größerer Anzahl vorhanden, können jedoch infolge ihres Zustandes nur für Ausbildungszwecke eingesetzt werden.

3. Erhebliche Schwierigkeiten traten bei der Abwicklung der operativen Aufgaben im Op.-Stab darum auf, weil die Hauptverwaltung Gen. Insp. M. am 17.6.53 die Benutzung der Nachrichtenleitung für alle Dienstzweige außer Chef, Op.-Stab und K verboten hat. Dieses hatte zur Folge, daß der Op.-Stab des Bezirkes Frankfurt/Oder als Meldungsübermittler für alle Dienstzweige fungieren mußte. Diese Anweisung wurde erst nach Rücksprache des Op.-Stab-Leiters VP-Rat K. mit dem Op.-Stab der HVDVP VP-Kdr. Sch. rückgängig gemacht. Bei dieser Gelegenheit wurde uns mitgeteilt, daß die Aufhebung dieser Anweisung schon am 18.6.53 erfolgt war. Den Bezirk Frankfurt/Oder hatte man hierbei offenbar vergessen.
Während der Einsatzzeit fielen 13 Fernschreibstörungen an. Eine große Schwierigkeit trat dadurch auf, daß in der Stadt Frankfurt/Oder die Post eine größere Betriebsstörung verursachte, die erst nach ca. 36 Stunden behoben werden konnte. Besonders hemmend wirkte sich außerdem das Fehlen eines Senders bzw. eines Empfangslochers auf die Arbeit der Fernschreibstelle aus, deren Kräfte gezwungen waren, sämtliche Fernschreiben, insgesamt ca. 400, mit der Hand zu schreiben.
4. Die völlig unzureichende, dem polizeilich-taktischen Dienst nicht entsprechende Ausbildung. Unsere Genossen Volkspolizisten sind trotz bestem Bewußtseins nicht in der Lage, Sperr- und Räumungsketten zu bilden, taktisch richtig gegen Demonstranten vorzugehen oder in zweckmäßiger Weise ihnen anvertraute Objekte zu schützen. Hinzu kommt der Umstand, daß die sonst dezentralisiert arbeitenden, in Einsatzgruppen zusammengefaßten Genossen nicht richtig aufeinander eingespielt sind und deshalb auch ihr Einsatz nicht so erfolgreich sein kann, als wenn sie gemeinsamen Dienst versehen würden.
5. Die nicht miteinander koordinierten Berichtsansforderungen vom Op.-Stab und den Dienstzweigen der HVDVP.
So wurden Meldungen über Vorkommnisse im Zusammenhang mit Objekten des Strafvollzuges von der Hauptabteilung SV und dem Op.-Stab angefordert, Meldungen über Festnahmen von der Untersuchungsabteilung, Abt. K und dem Op.-Stab.

Aus all diesen Momenten ergibt sich die Schlußfolgerung, die Volkspolizei vorwiegend in polizeitaktischen Einsätzen zu schulen und ihre technisch-materielle und waffenmäßige Ausstattung entscheidend zu verbessern. Weiterhin hat sich gezeigt, daß die Volkspolizei allein nicht in der Lage ist, Einsätze wie die letzten erfolgreich durchzuführen, da sie auch personell viel zu schwach ist, um all den an sie gestellten Forderungen Rechnung tragen zu können. Ohne die Hilfe unserer Freunde wäre es wohl kaum möglich gewesen, einer so gefährlichen Situation wie der gerade bestandenen erfolgreich begegnen zu können.

Eine weitere Schlußfolgerung ist die, daß die Op.-Stäbe so geschult, ausgebildet und mit den notwendigen taktischen Unterlagen ausgerüstet sein müssen, daß sie jeder Zeit verstärkt werden und voll wirksam arbeiten können.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Chef der Bezirksbehörde der
Volkspolizei Frankfurt/O.
Kotulan
VP-Inspekteur

Nachsatz:

Die Beantwortung der Punkte 12 und 13 erfolgt in gesondertem Bericht.

[Quelle: BArch, DO 1/11.0/305, Bl. 16-25 (Auszüge); – Namen von den Hg. anonymisiert; vollständig veröffentlicht in: Torsten Diedrich/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---